

Wochenbrief: Europäische Zentralbank erhöht Leitzinsen – und die Wirtschaft stimmt zu. Warum der große Konflikt diesmal ausgeblieben ist.

Die Öffentlichkeit scheint mit dem jüngsten Zinserhöhungsschritt der EZB von 4,00 % auf jetzt 4,25 % einigermaßen zufrieden zu sein. Anders als bei den beiden vorangegangenen Zinserhöhungen fehlt es an heftiger Kritik aus dem Lager der in Industrie und Handel engagierten Unternehmen. Diese müssen nun bei neuer Kreditaufnahme tendenziell höhere Zinsen zahlen, was den Geldverleihenden Banken und anderen Geldleuten zugute kommt.

Dass der Aufschrei dennoch ausgeblieben ist, liegt wohl einerseits daran, dass die Inflationsrate in der Zwischenzeit kräftig gestiegen ist und dass andererseits der Verkünder der Leitzinsanhebung, der EZB Präsident Jean-Claude Trichet es vermied, Hinweise auf eine möglicherweise anstehende Serie von Leitzinsanhebungen zu geben. Also beruhigten sich die Kreditnehmer mit der Einmaligkeit des Zinserhöhungsschritts und gestehen ihren künftigen Kreditgebern zu, sich vor der höheren Inflation durch Zinserhöhung zu schützen. Denn Inflation bedeutet Entwertung des verliehenen Geldkapitals, also Kapitalvernichtung für die Kreditgeber. Bei einem Zinssatz von 4,25 %, wie er nun am Geldmarkt sein wird, und einer staatlich gemessenen Inflationsrate von rund 4 % (Euroraum) – die zugleich Maßstab für die Entwertung des verliehenen Kapitals ist, bleibt für den Kreditgeber kaum etwas übrig.

Es sind diese Inflationsverursachten Entwertungen des verliehenen Kapitals, welche den gesamten Bankensektor, allen voran die Notenbank, als „edle Ritter“ der Preisstabilität auftreten lassen. Deshalb liegt es ganz auf ihrer Linie, wenn sie Leitzinsanhebungen durchweg mit Hinweis auf die Inflationsrisiken rechtfertigen. Diesmal stehen als Rechtfertigungsgrund die hohen Ölpreise und das spürbar gestiegene allgemeine Preisniveau im Vordergrund. Trichet sagte, er wolle mit dem Zinsschritt vor allem Zweitrundeneffekte verhindern, also einen sich durch Preisüberwälzungen wechselseitig verfestigenden Inflationsprozess.

Dass der Zinserhöhungsschritt auf gegenseitiges Verständnis gestoßen ist, darf nicht dazu verführen, die Interessengegensätze zu vernachlässigen, die zwischen den Parteien des Kapitals bestehen. Da ist zunächst der Bankensektor, wo sich die Zahlungsströme, die Depositen, die Geldreserven und die Geldersparnisse bzw. das augenblicklich unbeschäftigte Geld aus den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft konzentrieren. Die Banken verwandeln die ihnen zufließenden Gelder in verleihbare, zinstragende Geldkapitale, die sie ihren Kunden als Kredit zur Verfügung stellen. In der Hand der Banken werden selbst kleine Geldbeträge, die für sich genommen gar nicht als Geldkapital wirken könnten, in verleihbares Geldkapital verwandelt. Dadurch entsteht eine neue Geldmacht, über die die Banken verfügen. Die Banken sind also nicht nur bloße Vermittler von Kreditgeschäften, sie treten deshalb auch nicht nur als Repräsentanten der Geldverleiher dem Kreditsuchenden Publikum gegenüber auf, sondern sie operieren zugleich als eigenständige Geldkapitalisten. Eng verbunden sind sie mit Versicherungen, Vermögensverwaltungen, verschiedene Fondsgesellschaften (Pensionsfonds, Private Equity Fonds, Hedgefonds), die auf andere Weise Geld einsammeln, es zu größeren Beträgen konzentrieren, um es auf die eine oder andere Art anzulegen bzw. auszuleihen. Je nachdem wie das Geld fortgegeben wird, ob als Kredit im Inland bzw. als Auslandskredit, oder ob es der Beteiligung an Unternehmen (z. B. Aktienkauf) dient, entstehen weitere Sonderinteressen. Jedenfalls konzentriert sich im Bankensektor das Interesse des Geldkapitals, sich als Zinstragendes Kapital zu verwerten, ohne dass es durch Inflation entwertet wird.

Auf der anderen Seite stehen die Kreditnehmer, der Staat, private Kreditnehmer und vor allem die Unternehmer. Durch die Zinszahlung vermindert sich der Unternehmerprofit; lediglich ein Teil des Überschusses bleibt also bei den Unternehmern, den anderen Teil bekommen die Kreditgeber. Mit Blick auf diese Teilung stehen die Unternehmer in einem Gegensatz zum Zinstragenden Kapital. Aber auch die anderen Kreditnehmer teilen den Gegensatz, was häufig zu der populären Kritik am Zins oder allgemeiner gefasst, am „Finanzkapital“ führt.

Der Graben zwischen verleihenden Geldkapitalisten und borgenden fungierenden Kapitalisten ist aber nur so tief, wie der Interessengegensatz selbst reicht. Zugleich hängen nämlich beide voneinander ab, sind aufeinander bezogen, bilden einen wahren Freimaurerbund, sobald es

darum geht, ihr gemeinsames Klasseninteresse vor allem gegenüber der lohnabhängigen Klasse zu verteidigen. Beispielsweise hatte die Deutsche Bundesbank, als sie das Klima für die Agenda 2010 (Hartzgesetze etc.) vorbereitete, eine Ahnung davon, dass der Zins, den sie und der Bankensektor bekommen, mit dem Lohn etwas zu tun haben muss, dass ein niedrigerer Lohn das Zinsnehmen tendenziell begünstigt. Da gab es keine Interessenunterschiede zu den Industrieverbänden und den Managern der Unternehmen, die allesamt für die Lohn- und Sozialkürzungen eintraten.

Beide Kapitalistenklassen vertreten ein und dasselbe Kapital: Dem Kreditgeber gehört das verliehene Geldkapital, ohne dass er es selbst anwendet. Der Unternehmer wendet es an, ohne dass es ihm gehört. Würden die Unternehmer generell keinen Profit machen, gäbe es natürlich auch keine Zinszahlung. Für die Eigentümer wäre dann ihr Geldkapital ein nutzloses Ding. Die „Fruchtbarkeit“ des Geldkapitals ist demnach keineswegs „natürlich“ gegeben, sondern hat die spezifisch kapitalistischen Bedingungen der Profitproduktion zur Voraussetzung. Nur unter solchen Bedingungen besitzt das heutige Geldkapital die merkwürdige Eigenschaft, selbständige Quelle von Wert zu sein.

Der Streit um die Höhe der Zinsen ist ein Streit zwischen Parteien, die dieselbe Sache vertreten, einmal als bloße Eigentümer, dann als Anwender des Kapitals. Die Konkurrenz zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern entscheidet über die Aufteilung des Bruttoprofits in Zins und Unternehmergewinn. Und in dieser Konkurrenz steht die Notenbank mit ihrer Zinspolitik im Zentrum. Wenn diesmal der Streit um die Zinsanhebung äußerst zurückhaltend geführt wird, dann nur deshalb, weil der neue Zinssatz der Konkurrenz entspricht, weil die Leitzinsen im Vergleich zur Inflationsrate, also zur Entwertungsrate des Geldkapitals nicht sonderlich hoch sind.

Aber der Konflikt zwischen beiden Parteien wird erneut ausbrechen müssen, sobald sich die Gewichte der Konkurrenz verschieben. Sollte die Konjunktur schwächer werden, dann wird die Wirtschaft rasch mit dem Argument eine Zinssenkung einfordern, dass sich mit der Wachstumsverlangsamung zugleich die Inflationsgefahren, also auch die Entwertungsgefahr des Geldkapitals verringert hätte. Anders formuliert: Mit den konjunkturbedingt rückläufigen Unternehmensprofiten sollte der Teil kleiner werden, der an die Kreditgeber in Form des Zinses abgetreten wird. Die Forderung nach sinkenden Leitzinsen ist auch für den Fall vorprogrammiert, wenn die Inflationsrate wieder fällt mit der Folge einer Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Leihkapitals. Eine Verschiebung der Konkurrenzverhältnisse zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern würde schließlich eintreten, falls sich bei gleich bleibender Profitrate der Wirtschaft die Verwertungsbedingungen des Leihkapitals durch eine weitere Erhöhung der allgemeinen Inflationsrate verschlechterten und die Realzinsen gar in den roten Bereich rutschen würden. Der Ruf des gesamten Bankensektors nach einer Zinserhöhung wäre vorprogrammiert.

Guenther Sandleben